

Christoph Butterwegge*

Eingeständnis des Scheiterns rot-grüner Sozialpolitik

Zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Als die rot-grüne Koalition im April 2001 einen Armuts- und Reichtumsbericht vorlegte, gebührte ihr das Verdienst, dass sie als erste Bundesregierung überhaupt offiziell Notiz von der schiefen Verteilung, sozialer Unterversorgung und Ungleichheit nahm. Nach den unzähligen Versuchen früherer Kabinette, die in der Bundesrepublik eher subtil als spektakulär zu Tage tretende Armut totzuschweigen oder zu vertuschen, konnte man die Bedeutung des Berichts mit dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ gar nicht hoch genug veranschlagen.

Gleichwohl wies er Lücken, methodische Mängel und Fehlinterpretationen auf. Hinsichtlich seiner Datenbasis reichte das Regierungsdokument gewiss nicht zufällig nur bis zum Amtsantritt von Rot-Grün im Herbst 1998; den Reichtum beschränkte es auf das private *Geldvermögen*, wohingegen das *Betriebsvermögen* unberücksichtigt blieb. Laut einem Parlamentsbeschluss soll der Bericht in jeder Legislaturperiode fortgeschrieben werden.

Eigentlich sollte der 2. Armuts- und Reichtumsbericht im Herbst 2004 (Mitte der Legislaturperiode) veröffentlicht werden. Hinter den ministeriellen Kulissen wurde jedoch lange darum gerungen, wie man am besten einen Imageschaden für die Regierung vermeiden könnte, denn Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine fachlich dafür zuständigen Kabinettskollegen hatten lauthals verkündet, nicht nur die Arbeitslosenzahl um 1 oder (nach Hartz) 2 Millionen drücken, sondern auch die (Kinder-)Armut deutlich verringern und den privaten Reichtum gleichmäßiger verteilen zu können. Dennoch drangen die wichtigsten und peinlichsten Ergebnisse jenes 290-seitigen Entwurfs, der „zur Ressortabstimmung und Beteiligung von Verbänden und Wissenschaft“ diente und am 14. Dezember 2004 vorlag, durch (vielleicht taktisch gezielt vorgenommene) Indiskretionen an Journalisten. Ein „Vermögen: Wer hat, dem wird gegeben“ überschriebener SPIEGEL-Artikel sorgte zwar für Aufregung, kanalisierte mit Pressemeldungen über einzelne Berichtsdaten aber zugleich lange vor den wichtigen Landtagswahlen im Frühjahr 2005 den Unmut über die Erfolglosigkeit der rot-grünen Armutspolitik.

Der nach schwierigen Abstimmungsprozessen zwischen den beteiligten Ministerien erst am 2 März 2005 vom Bundeskabinett gebilligte Bericht täuscht nicht darüber hinweg, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich seit 1998 weiter vertieft hat, und zwar sowohl beim (Geld-)Vermögen wie auch beim Einkommen. Einem kritischen Leser des Regierungsberichts, der im Grunde das Scheitern aller rot-grünen Versuche dokumentiert, soziale Ungleichheit aufzuheben, Armut zu verringern und Wohlstand für alle zu schaffen, fallen aber folgende Defizite sofort ins Auge:

- Konzeptionell versucht man zwar in Anknüpfung an den erreichten Forschungsstand, Armut qualitativ zu fassen und nicht auf fehlende finanzielle Ressourcen zu reduzieren, erliegt dabei jedoch der Versuchung, den gängigen Gerechtigkeitsbegriff zwecks Rechtfertigung der rot-grünen Regierungspraxis in Frage zu stellen. Es komme, heißt es allenthalben, heute nicht mehr auf die Umverteilung von materiellen Ressourcen, sondern auf die Bereitstellung von „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ (S. XVII) an. Zu fragen wäre hingegen: Weshalb soll ausgerechnet zu einer Zeit, wo das Geld nicht nur in allen Lebensbereichen wichtiger als früher, sondern auch ungleicher denn je auf die einzelnen Menschen verteilt ist, seine Bedeutung für deren Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben gesunken sein? Um die gesellschaftlichen „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ wahrnehmen zu können, braucht man Geld, das Menschen nicht haben, denen man bei der Sozialhilfe und beim Alg II zumutet, mit 1,26 EUR im Monat für Kino- und Theaterbesuche auszukommen. Chancengleichheit beruht auf einem möglichst hohen Maß an sozialer Gerechtigkeit und materieller Gleichheit.
- Eine demonstrative Aufwertung erfährt die „Generationengerechtigkeit“, was gleichfalls den Legitimationsbedürfnissen der Bundesregierung geschuldet sein dürfte. Dabei handelt es sich weniger um eine analytische Kategorie als um einen politischen Kampfbegriff, der verhüllt, dass sich die soziale Ungleichheit *innerhalb jeder* Generation verschärft hat und die soziale Trennlinie nicht zwischen Alt und Jung, sondern immer noch, ja mehr denn je zwischen Arm und Reich verläuft.
- Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht ignoriert weitgehend die *doppelte* Spaltung im vereinten Deutschland, zwischen Ost und West wie Oben und Unten. Da redet man einen „Aufholprozess in den neuen Ländern“ schön, obwohl sich regionale und soziale Disparitäten überlappen. Neben dem fortdauernden West-Ost-Wohlfahrtsgefälle, das seit jeher von einem Süd-Nord-Wohlstandsgefälle in beiden Landesteilen überlagert wird, vertieft sich die Kluft zwischen Oben und Unten, weshalb man 15 Jahre nach der DDR-„Wende“ von einer *postmodernen Zweiklassengesellschaft* sprechen kann. Durch akute sozioökonomische Krisenerscheinungen und Massenarbeitslosigkeit franst die kleinbürgerliche Mitte in den westlichen Bundesländern aus, während sie in den östlichen gar nicht erst zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor geworden ist.
- Weiter verwischt der Bericht die *strukturellen* Zusammenhänge zwischen einer wachsenden Armutspopulation und vermehrtem Reichtum. Dass zunehmender Reichtum in einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Konkurrenz und der Mehrwertproduktion durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft basiert, Armut hervorbringt, bleibt außer Betracht. Armut und Reichtum sind aber zwei Seiten einer Medaille.
- Die zunehmende (Kinder-)Armut wird auf eine vor allem aus „externen Schocks“, wie etwa den Terroranschlägen des 11. September 2001, dem letzten Irakkrieg, dem Zusammenbruch des IT-

Booms und US-Bilanzskandalen, resultierende Wachstumsschwäche zurückgeführt und damit als bloßes Konjunktur-, nicht als Strukturproblem (an)erkannt.

- Schließlich fehlt die Einsicht, dass eine an neoliberalen Vorstellungen orientierte Regierungspolitik der Standortsicherung, wie sie SPD und Bündnis 90/Die Grünen machen, die soziale Polarisierung verschärft. Während die Kapitaleigentümer und Spitzenverdiener als Gewinner dieser Form der ökonomischen Modernisierung immer reicher werden, gehören Millionen (Langzeit-)Arbeitslose, sozial benachteiligte Familien, Obdachlose, Migrant(inn)en, Rentner/innen, (chronisch) Kranke und Behinderte zu den Hauptverlierer(inne)n rot-grüner Reformen: Sie kamen in der leistungs- bzw. konkurrenzorientierten und auf die Verbesserung der Weltmarktposition des heimischen Kapitals fixierten Regierungspraxis eindeutig zu kurz.

Durch die sog. Hartz-Gesetze, besonders Hartz IV, und die Gesundheitsreform, deren Folgen noch gar nicht erfasst wurden, hat sich die soziale Situation von Millionen Menschen wiederum verschlechtert. Gleichzeitig sank der Spitzensteuersatz am 1. Januar 2005 noch einmal von 45 auf 42 Prozent, was dem Einkommensmillionär eine weitere Steuerentlastung in Höhe von knapp 30.000 EUR bescherte. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Industrienationen der Welt gehört, künftig noch mehr (Kinder-)Armut geben wird.

Eine neoliberal orientierte, stark auf den Markt fixierte Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft interessiert sich mehr für Aktienkurse als für Babyklappen und Suppenküchen, die sich fast unbemerkt ausbreiten. Nötig ist ein grundlegender Kurswechsel der Regierungspolitik, verbunden mit einer *neuen Kultur der Solidarität*: Wer die Reichen (z.B. über angemessene Gewinnsteuern) nicht stärker als bisher zur Kasse bittet, sondern sie umgekehrt zwecks Förderung des „Wirtschaftsstandorts D“ immer mehr aus ihrer sozialen Verantwortung entlässt, vergrößert die Armut, statt diese zu bekämpfen. Nur wenn umgesteuert wird, kann Bildungs- und Sozialpolitik den Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils, vor allem vieler Kinder und Jugendlicher, die außerdem immer weniger berufliche Perspektiven haben, aufhalten.

* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Buchveröffentlichungen: „Krise und Zukunft des Sozialstaates“, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005; „Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005